

Reg. Nr. 16-13

Stadtverwaltung Plauen

Oberbürgermeister
Herr Ralf Oberdorfer



Plauen, 29.10.2019

Antrag

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
die CDU-Fraktion beantragt,

die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Polizeiverordnung der Stadt Plauen wie folgt zu ergänzen:

Im einem genau gekennzeichneten Geltungsbereich Postplatz sowie angrenzender Straßen der Stadt Plauen ist eine Videoüberwachung anzubringen.

Die dafür notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen, Anzahl und Art der Geräte und alle weiteren Grundlagen zur Auswertung sind durch die Stadtverwaltung mit den zuständigen Behörden vorzubereiten und dem Stadtrat darzulegen.

Eine permanente Speicherung der aufgezeichneten Daten soll ausdrücklich nicht erfolgen, ein automatisches Überspielen der Aufzeichnungen ist in Anlehnung an die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen umzusetzen. So soll bei Bedarf eine Strafverfolgung erleichtert werden.

Eine Verwaltungsvorlage mit Beschlussfassung im Dezember 2019 ist dem Stadtrat vorzulegen. In die laufenden Haushaltsplanungen ab 2020 sind die Kosten einzuarbeiten.

Der Kommunale Präventionsrat der Stadt Plauen ist in die Ausarbeitung und Umsetzung einzubeziehen. Dieser informiert den Stadtrat kontinuierlich.

Begründung:

Die CDU-Fraktion setzt sich seit Jahren für Ordnung und Sicherheit in der Stadt Plauen ein. Ein Alkoholverbot im Stadtzentrum konnte bereits umgesetzt werden. Im zuständigen Fachbereich wurde der gemeindliche Vollzugsdienst u.a. durch eine bessere Ausrüstung entsprechend ausgestattet und die Mitarbeiterzahl erhöht. Ebenso wurde die Einrichtung eines Kriminalpräventiven Rats umgesetzt. Dies alles sind Bausteine einer konzertierten Lösung zur Erhöhung der Sicherheit in unserer Stadt.

Ziel dieser Verordnung mit Videoüberwachung muss sein, Gefahren aufgrund alkohol- und drogenbedingter Straftaten gegenüber dem Leben, der körperlichen Unversehrtheit und dem Eigentum abzuwehren, durch die Personen zu Schaden kommen können und die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet oder gestört wird.

Die Erfahrungen und Ereignisse der letzten Monate haben gezeigt, dass es immer wieder zu Vorkommnissen kommt. Daher spricht sich die CDU-Fraktion für eine Videoüberwachung aus. Diese Maßnahme soll als Beweissicherung zur schnelleren Aufklärung von Straftaten beitragen. Diese öffentlich angezeigte Videoüberwachung soll aber insbesondere dazu beitragen, dass Straftaten nicht ausgeführt werden.



Jörg Schmidt
Fraktionsvorsitzender